

II-1188 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 711/J

1991-03-15

A n f r a g e

der Abgeordneten Petrovic und FreundInnen

an den Bundesminister für Arbeit und Soziales

betreffend Banküberziehungszinsen bei verspätet ausgezahlten Förderungen der öffentlichen Hand

Die Finanzprokuratur soll für das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten ein Rechtsgutachten erstellt haben, aus dem hervorgeht, daß Bundesbehörden die Kosten für Banküberziehungskredite übernehmen müssen, die dadurch anfallen, daß aus ihrem Verschulden zugesagte Förderungen zu spät ausbezahlt werden.

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Abgeordneten an den Herrn Bundesminister für Arbeit und Soziales folgende

A n f r a g e

- 1.) Wissen Sie von der Existenz eines solchen Gutachtens?
- 2.) Wenn nein: welche Konsequenzen hätte ein solches Gutachten für Ihr Ressort?
- 3.) Wenn ja: welche Konsequenzen hatte dieses Gutachten bereits für Ihr Ressort und welche Maßnahmen haben Sie aufgrund dieses Gutachtens gesetzt?
- 4.) Wie lautet der genaue Text des Gutachtens?